

Korrepondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeförderungsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Juli 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verfammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 84

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Der „Korrepondent“ und das Fremdwort. — Verschmelzungsgedanken. — Der neunte Gewerkschaftskongress im Urteile der Presse (Schluß).

Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich. — Romanische Schweiz. — Schweden.

Korrepondenzen: Alsterleben (M.-M.). — Dresden. — Samm in Westfalen. — Hannover. — Hirschberg i. Schl. — Kollmus.

Fundschau: Ferien! — Vergünstigungen zum Besuche der graphischen Weltausstellung. — Wohlfahrtsvereine und soziale Kassen. — Zur Aussperrung in der Niederläufiger Textilindustrie.

Der „Korrepondent“ und das Fremdwort

Von jedem, der mit dir durchs Leben schritt, bleibt eine Spur an deiner Seele hängen, So bringst du auch ein Stäubchen mit Von jedem Wege, den du einig gegangen.

Auf der neunten Hauptversammlung des Rheinisch-Weißfälischen Korrekturenvereins wurde der Antrag angenommen, die Schreibung des „Korr.“ zu erlösen, möglichst solche Fremdwörter zu vermeiden, die sich leicht durch entsprechende deutsche Wörter ersetzen lassen.

Wenn sich auch gegen diesen Antrag, da er der allgemeinen neuzeitlichen Sprachreue Rechnung trägt, im ersten Moment wenig einwenden läßt, so gibt er mir doch willkommenen Anlaß, dieses Thema hier einmal näher zu erörtern und unsre „mit Fremdwörtern durchseuchte Sprache“ in dieser Hinsicht mit andern Idiomen zu vergleichen.

Es dürfte wenigen bekannt sein, daß die französische Sprache von der deutschen 1000 Wörter entlehnt hat. Wir sind also als ehemalige „Barbaren“ für unsre 2000 Vokabeln, die wir sukzessive unferm westlichen Nachbar abnahmen, kaum deswegen zu tadeln. Im Deutschen kommt auf jedes lebende germanische Wort ein Fremdwort, im Englischen auf jedes dritte ein solches und Dänisch besteht beinahe zur Hälfte aus eingedrungenen deutschen Wörtern. Der gebildete Türke spricht und schreibt mehr arabisch als türkisch, wenn er sich gefällig ausdrücken will und hat nebenbei noch 1000 persische Fremdlinge in sein Land eingelassen. Persisch besteht zur Hälfte aus arabischen Einwanderern und Hindustan (100 Millionen Anhänger) hat hingegen gar 75 Proz. seines Wortschatzes als persische Emigranten. Der Japaner muß Chinesisch lernen, damit er bloß keine eignen Schriftwerke lesen kann, und der Javanese (30 Millionen) hat drei Redeweisen, die die Überflutung seiner Insel mit Sanskritausdrücken herbeiführte, welche der Eroberer mitbrachte. Die Spanier haben heute noch 3000 arabische Studuchseier in ihrem stolzen romanischen Sprachhorst, trotzdem die Sidalgos alle Mauren schon vor 700 Jahren endgültig verjagten. Kein Römer könnte sich mehr mit einem Nummen (seinem direkten Nachkommen) auch nur notdürftig verständigen, weil der letztere zuviel slavisches, griechisches und türkisches Sprachgut annahm.

Schön dürfte diese Beispiele aus den in die'r Absicht durchforschten 75 Sprachen noch ins Unendliche vermehren, aber wir wollen uns mit den vorgebrachten Stichproben begnügen. Wer Lateinisch, Griechisch, Hebräisch, Arabisch und Sanskrit studiert hat, findet hunderttausend Bekannte (mit etwas veränderter Färbung) in mehr als zweihundert Sprachen. Eine vieltausendjährige Pumpwirtschaft besteht auf dem Gebiete der Sprache. Das modernste internationale Sprachmittelsmittel Esperanto verdammt seine Popularität nur die'r schlau benutzten Nischenanleihe.

Doch ein andres sollten wir noch bedenken. Wir Deutsche sind von allen Völkern des Erdkreises wegen unsrer schweren Sprache gehaßt. Wir könnten den Kulturvölkern, die sich mit unsrer Sprache befassen würden, das Erlernen dadurch erleichtern, daß wir nicht jeden Vokabelstempel in unserm Idiole totschlagen.

Das Wort „Kollau“, das seinerzeit die Sozialdemokratie aus China einschleppte und das sie jahrelang mit größtem Erfolg im Parlament und in der Presse gebrauchte, hat bei uns mehr chinesische Krieger verüßigt, als die Deutschen in China bezopfte Krieger ausvorkleten.

Von jedem, der mit dir durchs Leben schritt, bleibt eine Spur an deiner Seele hängen.“ Dem gebildeten Schreiber fliehen unwillkürlich treffende Ausdrücke, scharfgezeichnete, wohlklingende Gebilde gepflegener Rekläre aus der Feder, wenn er nach einem passenden Worte sucht, das aber längst international ist und nicht mehr das Reinszeichen der ge-

waltamen Entlehnung an der Stirn trägt. Es ist dies kosmopolitisches Kleingeld, das überall gern eingelöst wird. Damit wären wir an dem Punkt angelangt, an dem die Redaktion des „Korr.“ in ihre Rechte tritt. Sie hat darüber zu wachen, daß nur allgemeinverständliche Fremdwörter in den zugewandten Kreisen verwendet werden. Es ist nicht nötig, daß jedes Fremdwort verdeutscht wird. Ausdrücke wie „der Alkoran“, „das Eldorado“, „der fremde Emigrant“ braucht die Redaktion selbstverständlich nicht passieren zu lassen, weil es heißen muß „der Koran“, „das Dorado“, „der Emigrant“ usw. Sie hat Obacht zu geben, daß die gebräuchlichen Fremdwörter auch richtig verwendet und — richtig geschrieben werden. Alles andre wäre lästiger Zwang, eine unerträgliche Vormundschaft.

So wenig als wir unsre berufliche Terminologie von „Peil“ und „Garmond“ bis „Typograph“ und „Linotype“ mißsen wollen, so wenig dulden wir eine Ausraubung unsrer fremdsprachlich gebildeten Wortgedächtnisses. Mögen unsre Enkel auch über unsre Ausdrucksweise lächeln: Der Zeitpunkt der normannischen Invasion in England bezeichnet trotzdem den Anfang der heute ungeheuren Ausdrucksfähigkeit der englischen Sprache, die durch weitere Anleihen bei den verschiedensten Völkern ihren Vokabelreichtum auf 350000 vermehrte. Dadurch übertrifft sie die zweitreichste Sprache (das Deutsche) mit ihren 70—80000 Wörtern bei weitem.*

„So bringst du auch ein Stäubchen mit von jedem Wege, den du einig gegangen.“ Die Engländer sind weit in der Welt herumgekommen, deshalb haben sie ihre Sprache bereichert, ihre Grammatik vereinfacht. Tun wir das Gleiche! Lassen wir die klatschbärtigen Teufonen! Wäre das internationale Wogen der Kultur nicht so unüberwindlich, sie würden heute noch mit ihren Luerochsenhörnern herumlaufen.

Wir aber wollen unsrer „Eichhörchen“ und unsrer „Sängemasse“ nicht mehr hergeben, obgleich das erste Wort aus Griechenland, das andre aus Westindien stammt. Und so wie das Eichhörchen den Luerochsen überlebte, so wird der lebhafteste, vielseitig nach Verständlichmachung ringende Mensch den plumpen, einseitigen, national beschränkten Kopf überdauern.

Eberfeld. Joseph Graf.

Verchmelzungsgedanken

Endlich ein Aufsat, auf den gleich mir wohl mancher Kollege schon lange gewartet haben mag. Leider aber ist er in entgegengesetzter Anschauung geschrieben, nämlich gegen eine Vereinigung einzelner „Fachblättern“ zu einem wirklichen, unter würdigen Fachblatte.

Artus (Berlin) erwähnt in Nr. 77 des „Korr.“ den Vorschlag des Rheinisch-Weißfälischen Korrekturenvereins, der seine Zentralkommission erneut eruchte, der Vereinigung der „Fachmitteilungen“ der Korrekturen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften näherzutreten.

Bei der Hauptversammlung gedachten Korrekturenvereins in Hagen wurden auch die Schwierigkeiten eines Zusammenlegens aller Spartenmitteilungen zu einem Fachblatt durchaus nicht verkannt. Mit Nachdruck wurde aber doch hervorgehoben, daß alle an der Sachherstellung beteiligten Buchdrucker mit einem Fachblatt auskommen können und auskommen werden.

Es sind dies in erster Linie Setzer und Korrekturen, die verantwortlich gemacht werden. Darum sind sie auch berufen, nach Kräften dafür einzutreten, daß der großen Mehrzahl unsrer Verbandskollegen recht viel Sprachwissenschaftliches vor Augen gebracht wird, vornehmlich aus unsrer schönen, wenn auch schweren deutschen Sprache. Die lästlich sich zeigenden Mängel in der Anwendung der deutschen Sprache erfordern, daß sich jeder dauernd mit ihrer Lehre befaßt.

Wenn sich die „Mitteilungen“ der Maschinenleger, Drucker und Stereoskopier nicht für eine Verschmelzung mit den „Typographischen Mitteilungen“ eignen, weil sie sehr viel rein maschinen-technische bzw. Fragen besprechen müssen, so kann wohl einer Vereinigung der „Fachmitteilungen“ der Korrekturen mit den „T. M.“ nichts im Wege sein; von „maschinen-technischen“ Fragen kann bei den Korrekturen doch keine Rede sein. Übermäßig viel Stoff ist bei der Schreiftellung der „Fachmitteilungen“ auch nie da; dazu

* Empfehlenswerte Literatur: Götschen Nr. 55, 273, 478, 573 (a 90 Pf.).

kommen noch das seltene Erscheinen — aller sechs Wochen — und die vier Seiten Oktav Umfang.

Wir Korrekturen werden nach einer Verschmelzung mehr Fachwissenschaftliches in den „T. M.“ zu lesen bekommen, als es jetzt der Fall ist in unsern eignen „Fachmitteilungen“, denn eine Nummer der „T. M.“ bringt bereits heute mehr Sprachliches als drei unsrer „Fachmitteilungen“. Die Zahl der Mitarbeiter wird durch die Verschmelzung noch größer werden.

Sich von dem Gedanken einer Vereinigung loszulösen etwa deshalb, weil die „T. M.“ zu umfangreich werden könnten, darf nicht als stichhaltig bezeichnet werden. Je mehr Seiten, desto besser! Das wird nur zum Vorteil der Streikanten in unserm Gewerbe sein.

Daß sehr viele Seherkollegen die „Fachmitteilungen“ abbestellen, als die Zentralkommission den „T. M.“ die sprachlichen Belegungen lieferte, ist doch nur ein Beweis dafür, daß ihnen die „Fachmitteilungen“ nur darum genügten, weil sie nichts Besseres hatten.

Man mag ja die wiederholten Anträge der rheinisch-weißfälischen Korrekturen und diesen Aufsat mit „westfälischer Dichtköpfigkeit“ abtun. Das soll uns jedoch nicht verdrücken, und ich glaube, unser Verschmelzungsantrag wird auf den Hauptversammlungen wiederkehren so lange, bis eine Vereinigung wenigstens der „Fachmitteilungen“ mit den „T. M.“ herbeigeführt sein wird.

Dorfumund.

Nigra.

Der neunte Gewerkschaftskongress im Urteile der Presse

Übergehend zu den Auslassungen in Organen der übrigen Gewerkschaftsrichtungen und was dazu gerechnet werden kann, zitieren wir zunächst den „Gewerksverein“, das Hirsch-Dunckerische Zentralorgan. Es bemerkt, mit den Protesten gegen die Einschränkung des Koalitionsrechtes und den Stillstand in der Sozialpolitik hätten die freien Gewerkschaften in München lediglich das nachgeholt, was die Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften auf Verbandsagen oder Kongressen bereits zum Ausdruck gebracht haben. Die Tagesordnung sei so reichhaltig gewesen, daß eine gründliche Aussprache darunter gelitten hätte. Die einschiedene Seltungnahme von Robert Schmidt für ein Zusammenarbeiten mit den Sozialreformern findet den vollen Beifall des „Gewerksvereins“:

Es verdient besonders betont zu werden, daß Robert Schmidt mit dieser Auffassung nicht allein stand, sondern daß seine Ansicht gerade von den hervorragenden Führern geteilt wurde. Freilich kamen auch entgegengesetzte Meinungen zum Ausdruck. Indessen die Gesamtstimmung war zweifellos für das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Kreisen. Diese Tendenz erscheint uns außerordentlich charakteristisch. Sie bedeutet eine Annäherung an die Auffassung, die von den Deutschen Gewerksvereinen stets vertreten worden ist. Wenn dann bei andern Gelegenheiten auf dem Gewerkschaftskongress ein starker Radikalismus zugabe traf, so ist dies zweifellos zurückzuführen auf die zahlreichen Angriffe gegen die Rechte der Arbeiter, die natürlich eine starke Erbitterung erzeugen mußten.

Gegen eine Äußerung Schlichtes in seinem Referat über „Arbeitswilligenchub und Unternehmerterrorismus“ legt das Hirsch-Dunckerische Organ Verwahrung ein. Wenn seine Richtung die freien Gewerkschaften diskreditiere und den Unternehmern Vorparndienste leiste, indem über Terrorismusfälle seitens freier Gewerkschaftler öffentlich geklagt werde, so sei das bedauerlich, gehehe ja aber nur gesungenermaßen. Die Leitungen der freien Gewerkschaften verurteilen wohl jeden Terrorismus, gingen indes gegen Abklärer nicht scharf genug vor. Von den paritätischen Arbeitsnachweisen wollen die Hirsch-Dunckerischen nichts wissen, weil jene von den freien Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbraucht würden. In Sachen der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge wird indes der Standpunkt der freien Gewerkschaften gebilligt, desgleichen in der Frage der Arbeitslosenfürsorge. Grenzstreitigkeiten wären auch bei den andern Gewerkschaftsrichtungen zu verzeichnen. München habe aber für die freien Organisationen keine Einigung in dieser vielumstrittenen Angelegenheit gebracht. Zum Schluß

kommt ein sehr verständiger Appell, dessen Beherzigung die Strich-Durchschneidung bei ihren gar nicht günstigen Aussichten nicht zuzulassen sollte, nämlich die schönen Worte:

Trotz mancher scharfer und unberechtigter Angriffe gegen die andern Organisationsrichtungen muss gelagt werden, daß sich doch in den Kreisen der gewerkschaftlichen Führer die Stimmen mehren, die für ein besseres Einmischen zwischen den verschiedenen Richtungen sich aussprechen. Tatsächlich würde ja die Macht der Arbeiterorganisationen unendlich viel größer sein, wenn sie sich nicht, wie dies bisher leider der Fall gewesen ist, in so heftiger Weise bekämpfen, sondern wenn sie in Fragen, die alle Arbeiter ohne Unterschied der religiösen oder politischen Gesinnung betreffen — und das sind doch die allermeisten — Schulter an Schulter kämpfen. Gemeinsame Not führt doch sonst die Menschen zusammen, weshalb sollte dies nicht auch in der Arbeiterbewegung möglich sein! Wer es wohl meint mit der Arbeiterkraft, wenn ihr Interesse höher steht als das der einzelnen Richtungen, der muß alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die geeignet sind, ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen zu erschweren. In erster Linie freilich gehört dazu die Ausmerzung von Dingen aus der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, die nicht hineingehören.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ist zwar nicht direkt ein christliches Gewerkschaftsblatt, aber eine Art Aufsichtsrat über die Presse dieser Richtung. Wie an der „Westdeutschen“ gewöhnlich Veranlassung steigert sich in der Beurteilung des Gewerkschaftskongresses bis zur Borniertheit. Die Münchner Woche muß demnach, wie wir meinen, der „Westdeutschen“ in Wirklichkeit recht imponiert haben, denn nach dem M. Glöckner Katholizismus wird gerade das anerkannt, was man am meisten schmäht. Also sprach Joseph Soos:

Obgleich er rund sechs Tage dauerte, läßt sich doch in gut fünf Minuten alles sagen, was über den Kongress zu sagen ist. . . . Wenn man der sozialdemokratischen Presse glauben darf, dann lag die Bedeutung des Kongresses in seiner Stellung zu den sozialpolitischen Streitfragen unserer Zeit. Wir geben auch gern zu, daß er zu der einen oder andern dieser Fragen einige ganz vernünftige Worte gesprochen hat. . . . Besonders Nennenswertes hat er ganz und gar nicht gesagt, und er kann wahrhaftig nicht tippen an den Kongress, den die christlichen Arbeiter im vorigen Jahr in Berlin veranstaltet haben. Die sozialdemokratische Presse stellt sich natürlich recht zufrieden.

Und zu dieser „Weisheit“ mußte die „Westdeutsche“ noch eine Anleihe bei der „Silse“ machen und gebrauchte Zeit dazu bis zum 11. Juli!

Der „Arbeiter“, das Sprachrohr der katholischen Fachabteilung, Antipode zu den im „verfluchten Westen“ herrschenden christlichen Gewerkschaften, gleichzeitig aber auch aus prinzipiell streng konfessionellen Gründen Streikgegner, überschreibt seinen Artikel gewissermaßen angstschauernd: „Das wirtschaftliche Machtkampfprinzip und der neunte Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften in München“. Den Unternehmern wird zunächst gesagt, daß sie eigentlich mit ihren Organisations- und Konzentrationsbestrebungen, namentlich durch den Zusammenschluß in der Zentralorganisation der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (5. April 1913) und der Schaffung einer Zentrale für Streikversicherung (12. Dezember 1913), die freien Gewerkschaften erst angetrieben hätten, sich diesen Verhältnissen anzupassen. Nach Aufzählung der Beratungsgegenstände und ihrer Erledigung erscheint dann das Mitemeitel an der Wand. Freilich nur für die Arbeiter, denn bei den Fachabteilungen gehts halt nach dem Regensburger Grundsatz: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Dies gewissermaßen prinzipielle Angstmeierium läßt den „Arbeiter“ daher heulmelern:

Wird all dieser Aufwand an Kraft, an zahlenmäßiger und pekuniärer Kraft zu einer gedehnten Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses führen? Niemals! Die Mehrung der wirtschaftlichen Macht der freien Gewerkschaften, die die Münchner Beschlüsse unweilends zur Folge haben müssen, werden die wirtschaftlichen Kämpfe ins Riesenhafte steigern. Nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, werden die organisierten Unternehmer in Zukunft auch die Mitglieder derjenigen Arbeiterorganisationen ausschließen, die einem streikenden Verbande zu Hilfe kommen, um dadurch die Arbeiter ihrer wirtschaftlichen Hilfsmittel zu berauben. So werden die wirtschaftlichen Machtkämpfe der nächsten Zeit von einem Berufsstand auf den andern übergriffen und sich zu wahrhaft nationalen Katastrophen auswachsen. Unabwendbare Not wird dann der Anteil der in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterklassen sein, die Zerbreitung des gewerblichen Mittelstandes ruhende Fortschritte machen und am Ende das übermächtige, konkurrenzlose Großkapital zum Schaden der Arbeiter das Feld behaupten.

Gottvoll ist die „Einigkeit“, der Lokalführer schimpftröbes, abornentenschwaches und so verunftverlassenes Witzchen. Sie versichert zwar, nicht unmaß Zeit und Papier verschwenden zu wollen, das hiesige dem Kongress eine Wichtigkeit beimessen, die er nicht besitze, trotzdem werden aber von einem Menschen, der den unverfälschten Klassenkampf mit gepfefferten Gemeinheiten gegen alles, was führend ist in der Arbeiterbewegung — auch August Bebel wird nicht geschenkt — am nachhaltigsten zu führen glaubt, zwei

Artikel im wahrsten Sinne des Wortes verbrochen über den Münchner Kongress. Es besteht eine gewisse Identität zwischen den Artikeln der „Einigkeit“ und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ über den Kongress. Für beide höchst ehrenvoll!

Von den sozialpolitischen und sozialwirtschaftlichen Zeitschriften seien drei erwähnt.

Die „Soziale Praxis“, deren Begründer Professor Dr. Grandje mit einem weiteren Redaktionsmitgliede (Dr. Ludwig Hende) auf dem Kongresse persönlich anwesend war, bringt aus des letzteren Feder durch zwei Nummern gehend einen ebenso objektiven wie in seinen Referierungen trefflichen Artikel. Der Bedeutung dieses Artikels erscheint es nur angemessen, wenn ausnahmsweise größere Auszüge vorgenommen werden. Die „Soziale Praxis“ schreibt also nach einer kurzen Einleitung:

Der neunte Kongress der freien Gewerkschaften hat sich der schwierigen Lage gewachsen gezeigt. Seine ersten, den Boden der Wirklichkeit an keiner Stelle zugunsten unklarer Schwärmerie verlassenden Beratungen und seine wohlüberdachten Entschlüsse zeigen diejenigen ins Unrecht, die dem Staatswohle nicht besser glauben dienen zu können, als wenn sie zu einer Interdiktionspolitik raten, deren Folgen in Wirklichkeit verhängnisvoll werden könnten. Die Leute, die zum Münchner Kongress zusammenkamen, arbeiteten sachlich und in gutem Glauben für das Wohl ihrer lohnarbeitenden Kollegen, und bei weitem das meiste, was gelang und beschloffen wurde, hätte ebenso auch auf einem Kongresse von Gewerkschaften gesprochen und gefordert werden können, deren Mitglieder nicht auf sozialistischem Boden stehen. Die Beratungsgegenstände haben in der Tat auch auf Kongressen der christlichen Gewerkschaften und der deutschen Gewerksvereine schon auf der Tagesordnung gestanden und, weil es sich um Fragen von allgemeiner Bedeutung für die ganze Arbeiterkraft handelte, dort teilweise zu ähnlichen Beschlüssen geführt.

Im weiteren werden die einzelnen Referate und Verhandlungspunkte kurz, aber gut informierend und unter Anerkennung der damit vollbrachten Leistungen wiedergegeben, wobei es angenehm berührt, daß die Ausfälle von Giebel und Lange gegen die Gesellschaft für Soziale Reform nur registrierend wiedergegeben werden. Auch eine Bewertung radikaler Zurbehalte! Zum Schluß kommend, wird anknüpfend an eine Bemerkung Schlichtes erklärt, die Kongressgäste aus den bürgerlichen Reihen könnten nur billig anerkennen, der unbefangene Zuhörer habe den Eindruck großer Sachlichkeit und lebendigen Verantwortlichkeitsgefühls von dieser Tagung gewinnen können:

Die Tagesordnung war freilich etwas zu umfangreich. Während vor drei Jahren in Dresden die Erörterungen innerer Angelegenheiten eine verhältnismäßig geringere Rolle gespielt hatten, nahmen sie in München ungefähr die Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit in Anspruch. Anzuerkennen ist dabei, daß die innergewerkschaftlichen Erörterungen mit großer Offenheit und ohne Schönfärberei abgehandelt wurden; der Kongress war kein Schauspiel, das den Außenstehenden vorgeführt wurde, um ihre Stimmung so oder so zu beeinflussen, sondern er arbeitete gewissermaßen nach, nur von sachlichen Gesichtspunkten bestimmt. Die Verhandlungen über die sozialpolitischen Themen kamen etwas zu kurz; freilich handelte es sich da meist um Gegenstände, die den Delegierten, unter denen das Gewerkschaftsbeamtenelement einen recht wesentlichen Teil ausmachte, längst geläufig sein müßen, so daß es hier mehr darauf ankam, daß der Vorkongress von etwas höheren Gesichtspunkten aus die Fragen beleuchtete und dann eine Entschliebung den einheitlichen Willensausdruck zusammenfaßte.

Auch der äußere Eindruck des Kongresses war würdig. Die Leitung des Kongresses war bei Regien, Schlichte und Leipart in ruhigen und energischen Händen. Es fiel überhaupt auf, mit welcher Entschiedenheit die Führer ihre Ansichten geltend machten; die Vertreter der Generalkommission widersprachen öfters ohne Rücksicht auf augenblickliche Popularität Anträgen und Wünschen, die ihnen bedenklich erschienen. Andererseits will die Masse die Disziplin und beständige die Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Leitung durch unveränderliche Wiederwahl der Generalkommission.

In einem ausgezeichneten Schlusswort wird dann die Bedeutung des Münchner Gewerkschaftskongresses folgendermaßen in das richtige Licht gerückt:

Man hat den Münchner Kongress eine Tagung des Kampfes genannt. Wir vernähnen diesen Eindruck nur in beschränktem Sinne zu teilen. Gewiß waren sich die in München verammelten Gewerkschaftsvertreter wohlkommen darin einig, daß die Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter unwirksam zu machen, entschlossene Abwehr unbedingt erfordern. Niemand kann erwarten, daß die Gewerkschaften, wenn den Arbeitern die elementarsten Rechte genommen werden sollten, kampflös vom Mah abtreten. In den weitesten Kreisen der Arbeiterkraft, weit über das freigewerkschaftliche Lager hinaus, herrscht die Überzeugung, daß wenn im Kampfe gegen die Selbstbeseitigung der Arbeiter der Bogen überspannt und jeder von den Organisationen der Arbeiterkraft getragene Fortschritt unmöglich gemacht wird, alle geeigneten Mittel der Abwehr angewandt werden müßten.

Als Kampfesagung im Sinne der Abwehr und des Protestes gegenüber denen, die die Arbeiter in minderem Recht erhalten wollen, mag man die Münchner Tagung

ansprechen. Nicht aber sprach aus ihr der Wunsch nach schweren Kämpfen oder gar ein leichtfertiger Unruhmgeist. Was vielmehr immer und immer wieder aus allen Vorträgen herausklang, was recht eigentlich den Geist dieser Tagung ausmachte: das war das heftige Verlangen nach ungeförter positiver Arbeit. Seine Klage über den Stillstand der gesetzgeberischen Sozialpolitik wurde so machtvoll von diesem Kongress erhoben wie die Klage und Anklage, daß man den Gewerkschaften die Gegenwartsarbeit erschwere, ihren Reformwillen zurückstoße. Das ist das große Unrecht, das die ganze deutsche Arbeiterkraft in der gegenwärtigen ersten Zeit so bitter schwer empfindet, daß man sich nicht damit begnügt, der sozialpolitischen Staatshilfe Einhalt zu gebieten, sondern daß zugleich auch der Selbsthilfe gleich um Stein in den Weg gewälzt wird, so daß schließlich alle Möglichkeiten weiteren Aufstiegs verarmt sind. Und gerade darin, daß der neunte Gewerkschaftskongress diesen Gedanken mit aller notwendigen Klarheit herausgearbeitet und den Wert der positiven Gewerkschaftsarbeit „im Interesse der Gemeinwesen, mögen sie sich nun Staat oder Reich nennen“ (Schlichte), mehr betont hat als alle sozialpolitischen Einzelwünsche, liegt die besondere Eigenart dieser bedeutsamen Tagung.

Gegen diese Beurteilung, der man ohne weiteres anmerkt, daß sie von einem auf dem Kongresse Anwesenden stammt, fällt das in der „Silse“ Gefagte ganz merklich ab. Die „Silse“ wendet sich zum Schluß gegen den „überflüssigen Lobesartikel des Vorwärts“ über das Ergebnis des vorrückigen Kongresses, wiewohl sie aber gleich zu Anfang in das extremste Gegenteil verfällt, indem sie der Notiz über den Münchner Kongress die Stichmarke „Viel Gedeire und wenig Wille“ vorsetzt, so gewinnt man dadurch gewiß keinen erhebenden Eindruck von der Objektivität der „Silse“. Zudem ist das Wenige, was dieses Wochenblatt zu sagen weiß, zueinander in Widerspruch stehend. Daß die „Silse“ den neunten Gewerkschaftskongress bei jedesmaliger Erwähnung des Tagungsortes in Stuttgart stattfinden läßt, macht die Notiz zu einem Unglückswürmchen.

Richard Calwers „Konjunktur“ greift einen Punkt, der auf dem Kongresse zunächst gar keine und im weiteren Verlaufe dann durch das tatsächliche Mißgeschick eines Leipziger Delegierten eine recht unglückliche Rolle gespielt hat, heraus und schreibt darüber:

Aus den Verhandlungen und Beschlüssen des Münchner Gewerkschaftskongresses ist vor allem die ablehnende Haltung der Delegierten gegenüber dem Massenstreik wichtig. Bekanntlich wird der Massenstreik zurzeit sehr lebhaft von einer Gruppe der radikalen Sozialdemokratie propagiert, und zwar zum Zwecke der Erringung eines freieren Wahlrechts in Preußen. Es war nun jedenfalls von Bedeutung, zu beobachten, wie sich der Kongress zu der ganzen Frage stellen würde. Eine Gemäßheit, in eine Erörterung über den Massenstreik einzutreten, hätte der radikalen Gruppe Wind in die Segel geblasen. Die Haltung des Kongresses war aber eine glatte Abfuhr an die Propaganda für den Massenstreik. Auf der andern Seite hat sich dagegen der Kongress für die Mitarbeit bei bürgerlichen Veranlassungen, die auf das Wohl der Arbeiter abzielen, ausgesprochen, wenn auch über das Maß der Beteiligung die Ansichten nicht übereinstimmen. Dieses nüchternere Maßhalten, das Vermeiden von Extremen, ist besonders hervorzuheben in einer Zeit, wo der Arbeiterkraft ihre gewerkschaftliche und genossenschaftliche Betätigung besonders erschwert wird, wo ihre begrenzte Bewegungsfreiheit mit neuen gesellschaftlichen Einschränkungen bedroht wird. Angelegenheiten einer solchen Situation liegt es nahe, die Ruhe und das richtige Augenmaß für die im wirtschaftlichen und politischen Kampfe sich auswirkenden Kräfte zu verlieren und sich zu Resolutionen verleiten zu lassen die aus der Entrückung geboren sind. Für die Stärke und das Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaften ist es bezeichnend, daß der Kongress in den Fehler einer solchen Stimmungs-politik nicht verfallen ist, sondern ruhig und sicher seine Tagesordnung erledigt hat.

Aus der Reihe der mehr oder weniger politischen Zeitschriften greifen wir nur einige heraus.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ will Robert Schmidt, der sachkundige und zielstarke Anwalt der Arbeiterinteressen auf sozialpolitischem Gebiete, dem in München ein so guter Erfolg beschieden war, einen Rückblick auf den Gewerkschaftskongress. Die Münchner Woche habe unter dem Zeichen der Angriffe gegen die Gewerkschaftsbewegung gestanden. Was alles gegenwärtig gegen die Arbeiter unternommen werde, entspringe der Absicht, die freien Gewerkschaften in ihrer Leistungsfähigkeit zu hemmen. Aber wenn auch die Gefahren, die dem Koalitionsrecht drohen, auf dessen Vernichtung die ganze Aktion der Gegner hinausgehe, nicht verkannt wurde, so drang doch ein gewisses Gefühl ruhigen Selbstbewußtseins in den Reden durch, „das Empfinden, daß gegenwärtig die Organisationen so festgelegt sind, daß die Gewaltmittel aller reaktionären Draufgänger die sichere Grundlage der Gewerkschaften nicht mehr erschüttern können“. Aber den Kongress wird dann im speziellen gefagt:

Man könnte sagen, er hat mit fast kühler Ruhe der Zukunft entgegengesehen, nicht in Unterschätzung dessen, was kommen kann, wohl aber in dem Bewußtsein, daß

man zur Abwehr und auch zum Angriffe gerüstet ist. Man hat nicht mit nervöser Hast mit dem vermeintlich starken Mittel des Generallstreiks gedroht: Die Erörterung dieser Frage ist erledigt, und die Rederei darüber kann die Schwäche dieses Kampfmittels nicht verdecken. Die Gewerkschaften haben zu viel mit Streiks zu tun, um nicht zu wissen, daß bei der Höhe unfruchtbarer kapitalistischer Entwicklung nur noch langandauernde Streiks ein Pressmittel darstellen. Für einen langandauernden Generallstreik besteht aber gegenwärtig nicht die geringste Möglichkeit.

Natürlich sind die Gewerkschaften weit davon entfernt, etwa dem allgemeinen Drucke zu weichen. Nein, in ihrer Stellungnahme wird keine Änderung eintreten, auch nicht in ihren Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei, wie auch die eingeleiteten Prozesse über angeblich politische Betätigung der Gewerkschaften ausfallen mögen. Die gut nachbarlichen, freundschaftlichen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei sind kein Verlust politischer Betätigung. Seine wirtschaftliche Organisation kann heute darauf verzichten, sich auch mit Fragen der Gesetzgebung zu befassen, eine politische Propaganda ist damit nicht verknüpft.

Ganz ohne einen Konflikt sei es allerdings auf dem Kongresse nicht abgegangen, womit die Grenzstreitigkeiten gemeint sind, über die es kurz heißt:

Von einer Gefahr für die innere Festigkeit der Gewerkschaften kann dabei nicht gesprochen werden; selbst wenn eine Organisation dissentieren sollte, würde sie bei der Unhaltbarkeit ihrer Lage bald zurückkehren.

Adolf Braun, der gegenwärtig wohl fruchtbarste Publizist über die Gewerkschaften, welcher den Münchner Verhandlungen als Pressereferent beiwohnte, schreibt in der „Neuen Zeit“:

Schon mancher Gewerkschaftskongreß hat in schwere Zeit seine Verhandlungen legen müssen, aber keiner hat mit so klarer Entschiedenheit, mit so offener Rückhaltlosigkeit den Gebührenden aufgegeben, den ihm die herrschenden Gewalten zugeworfen haben, wie der Münchner Gewerkschaftskongreß.

Zeitweise rechne man mit der Gewerkschaftsbewegung als dem ruhigeren, bedächtigeren, über die Gegenwart nicht hinausgreifenden, die Tatkraft des Unternehmertums, ja der ganzen kapitalistischen Produktionsweise nicht in Frage stellenden Teile der Arbeiterbewegung. Man war ihr deshalb zwar noch nicht feindlich, aber lange nicht so abträglich gefinnt wie der politischen, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung festen Kampf anheimgebenden Sozialdemokratie. Sicherlich ist die schroffe Gegenfälligkeit gegen die Sozialdemokratie in keiner Weise gemildert worden; aber die Gewerkschaftsbewegung ist seit dem Erstarken der Unternehmerverbände, seit der machtvollen Entwicklung ihrer Organisationen heute mehr bekämpft, stärker noch gehaßt als die politische Arbeiterbewegung. Die Erfolgsmöglichkeiten der politischen Arbeiterbewegung werden von den Unternehmern für die Gegenwart niedriger eingeschätzt als die der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

War auch dieser Kongreß nicht frei von Illusionen, die sich einzelne Redner über die Bedeutung der sozialpolitisch tätigen bürgerlichen Personen und Gruppen machen, so schraubten sich selbst während dieses Kongresses diese Hoffnungen zurück. Wohl stärker als früher beherrschte heute die Leiter der Gewerkschaften die Überzeugung, daß es zwar überaus erfreulich wäre, wenn eine starke sozialpolitische Richtung im Bürgertum ein offenes Ohr für die Beschwerden der Gewerkschaften, für ihre Notwendigkeiten und für ihre Wünsche hätte, aber als der Gewerkschaftskongreß auseinander ging, wurden wohl fast alle seine Glieder von der Überzeugung beherrscht, daß die Gewerkschaften in einer Welt von Feinden wirken müssen und sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen können.

Die deutsche Arbeiterklasse kann stolz sein auf diesen Kongreß, auf die Tüchtigkeit, die er widerspiegelt, wie auch auf die Tatsache, daß all diese sozialpolitischen Referate, die sich ja fast auf das gesamte Gebiet der Sozialpolitik ausdehnten, von Männern gehalten wurden, die aus dem deutschen Proletariat erwachsen sind. Sicherlich bilden diese Männer eine Auslese aus der Arbeiterklasse, aber eine Auslese unter Verhältnissen, die — wir verweisen auf die mangelhafte Volksschule und auf die langen Arbeitszeiten — überaus ungünstig waren für die Entfaltung großer Begabungen in der Arbeiterklasse.

Künftig wird das Zusammenwirken der Gewerkschaften zur Interaktion bei Streiks und Ausperrungen, die außerordentliche Mittel notwendig machen, in viel höherem Maße und mit viel kräftigeren Wirkungen und mit größeren Überlegungen und ausreißenden Prüfungen der Sachlage möglich sein wie bisher. Hier sind Maßnahmen getroffen worden, die die Unternehmer vielleicht künftig zu größerer Vorsicht, zu größerer Mäßigkeit und zu künftiger Überlegung veranlassen.

Die einzige große Debatte, die der Kongreß führte, ja es waren im Grunde sogar zwei umfangreiche Debatten, betraf die mit den Grenzstreitigkeiten. Schroff standen sich die Gegenparteien gegenüber, aber die Berufsorganisation hatte noch weit mehr Vertreter als die Betriebsorganisation. Wenn man den allgemeinen Eindruck feststellen will, so darf man wohl sagen, daß die Berufsorganisation zwar von der weitaus großen Mehrheit vertreten wird, aber daß sie doch selbst denen, die sie mit großem Eifer empfahlen, nicht immer als das unbedingt Beste erscheint. Wohl gibt es einzelne Organisationen, deren Lebensinteresse die Berufsorganisation ist. Aber von diesen abgesehen, fühlen wohl viele, daß die Berufsorganisation zwar für die Gegenwart, aber nicht

für die Zukunft der Gewerkschaften das Organisationsprinzip sein kann. Doch auch die offenen Anhänger der Betriebsorganisation fühlen, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, sie als allgemeines Organisationsprinzip zur Anerkennung zu führen.

In der „Gleichheit“, der Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, wird dem Kongreß von S. Jädel das Gesamturteil gegeben:

Der Münchner Gewerkschaftskongreß gehört zu den ertragreichsten und bedeutsamsten Tagungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Er hat gezeigt, daß die Geschlossenheit und damit die Stohkraft der Gewerkschaften größer ist als vordem, und ihre Kampfbereitschaft steht außer allem Zweifel. Das ist der starke Eindruck, den der Kongreß hinterläßt, und dieser Eindruck wird bleiben, wird die Probe in der Praxis bestehen.

„Das freie Wort“, Wochenblatt der Demokratischen Vereinigung, pointiert seine dem neunten Gewerkschaftskongreß erstellte gute Note im einzelnen bemerkenswert:

Das Münchner „Parlament der Arbeit“ hat den Ernst der gegenwärtigen Lage erkannt und seine Abwehrmaßnahmen mit ebensoviel Geschick wie Verantwortlichkeitsgefühl getroffen. Der Protest gegen die geplante Ausnahmegebung war so wichtig, daß die Scharfmacher vom Zentralverband bis zum Sanjambund nebst den geistigen Regierungsebenen sich wahrscheinlich ihre weiteren Schritte doch noch reiflich überlegen werden. Erfreulicherweise ließen sich die Arbeiterführer auch nicht dazu verleiten, aus falschem Radikalismus heraus bei ihrer Tagung Fehler zu machen. So wurde eine Erörterung der Massenstreikfrage abgelehnt; denn es wäre in höchstem Grade untaftlich gewesen, die Scharfmacher über die Einzelheiten derartiger äußerster Kampfmittel zu informieren. Vielmehr sind diese Gewerkschaftler, die es ablehnen, dauernd vom Massenstreik zu reden, im entscheidenden Augenblick viel radikaler als die Politiker, die seine Durchführbarkeit durch Mitgliederabstimmungen jetzt schon festzustellen versuchen. Für rein agitatorische Effekte war in München ein Reklamationsboden nicht zu finden; dafür ist die geleistete positive Arbeit um so wertvoller.

Durch die politische Arbeiterpresse sei nur ein kleiner Streifzug unternommen. Wenn wir das am Kongreßort erscheinende Organ sowie die beiden sonst abgehenden sozialdemokratischen Blätter mit ihrer Meinung aller, dann dürfte es genügen.

Die „Münchner Post“ schreibt:

Diese sechs Tage ruhiger, sachlicher und unermüdlicher Arbeit war die Antwort der wirtschaftlichen Verbände der Arbeiterklasse auf die neue Ära der Verfolgung. Man lehnte dem aufgeregten Treiben die ruhige, ernste Zuversicht einer Macht gegenüber, die sich nicht nur unüberwindlich weiß, sondern auch des rechten Weges wohl bewußt ist. Auch über die Kreise der Sozialdemokraten hinaus hat dieses Arbeitsparlament der Arbeiter keinen Eindruck nicht verfehlt.

Wer etwa gewöhnt hat, daß der Kongreß der Gewerkschaften, sei es mit Rücksicht auf die Veruche der Polizei, sie für politisch zu erklären, sei es durch gewisse Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie veranlaßt, diesmal mit besonderer Anspannung die Trennung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei vollziehen würde, der kam ganz und gar nicht auf die Rechnung. Im Gegenteil, so scharf man betonte, daß man sich selbst durch Polizeigewalt nicht zwingen lassen werde, unmittelbare politische Zwecke zu verfolgen, so nachdrücklich hat man sich auch das Recht gewahrt, mit der politischen Partei in Verbindung zu treten und im Interesse der Arbeiterklasse die Gesetzgebung mittels der Partei und der Parlamente zu beeinflussen. Es wurde wiederholt der Versuch gemacht, die Massenstreikfrage zu erörtern. Man hat sie aber im Keime erstickt. Wie wenig aber diese Ablehnung der Diskussion gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf eine Wehr mit jeglichem tatigen Mittel, das zeigen die Äußerungen, die fast in allen Referaten wiederkehrten und stets mit demonstrierendem Beifall begrüßt wurden: Die Gewerkschaften bleiben auf dem Wege der Gehorsamkeit, aber wenn man ihre Bewegungsfreiheit anfaßt, dann fragen die Herrschenden die Verantwortung, wenn die Grundlagen der bisherigen Taktik verlassen werden.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die in ihrem dem Gewerkschaftskongreß gewidmeten Begrüßungsartikel die Erwartung ausgesprochen hatte, es werde in München angeht die ganze Situation zu einem Bekenntnis zum Massenstreik kommen, vermag der Münchner Tagung nun nicht uneingeschränkte Anerkennung zu zollen. Sie sagt: Wenn das Ergebnis nun gewertet werden sollte nach dem, was an positiver Arbeit für die Arbeiterklasse geleistet worden ist, so dürfte man den neunten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands unbedenklich als eine der wirkungsvollsten Fundgebungen bezeichnen.

Daß die „N. Z.“ auch der in München auf eine festere, breite Basis gestellten gemeinsamen Durchführung größerer wirtschaftlicher Kämpfe gegenüber Bedenken nicht unterdrücken kann, erklärt sich aus ihrer ganzen Haltung. Sie mißt jedoch diesen Erwägungen schließlich selbst keine große Bedeutung zu. Schreibt sie doch:

Dieser Schritt bedeutet zweifellos ein Stärkung des Interaktionsapparates bei Streiks und Ausperrungen, die bei dem immer engeren Zusammenhänge des Unternehmertums und der zunehmenden Festigkeit der wirt-

schafflichen Kämpfe zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Freilich ist dabei nicht zu verkennen, daß durch diese Regelung den Instanzen notwendig eine weitgehende Befugnis eingeräumt werden mußte, und daß damit bis zu einem gewissen Grade auch die Gefahr innerer Zwistigkeiten gesteigert wird, wie sie sich anlässlich des letzten Werftarbeiterfreis in verschiedenen Gewerkschaften gezeigt haben. Aber die bisherige Entwicklung bietet die Gewähr, daß man diesen Möglichkeiten keine allzu große Bedeutung beizulegen braucht; auch hier wird das solidarische Wollen der organisierten Massen etwa entstehende Differenzen ausgleichen und dafür sorgen, daß das nengegründete Mittel der Bewegung nützlich gemacht wird.

Dann kommt die Verfassung zum Ausdruck, daß der Gewerkschaftskongreß angeht die Angriffe von allen Seiten und der Art der ganzen Bekämpfung der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen zum Massenstreik die gewünschte klare Stellungnahme vermissen ließ:

Wohl fehlte es auch hier nicht an sehr deutlichen Worten und an energischen Bekenntnissen zum schärfsten Kampf, aber all die schönen Worte wurden in dem Augenblicke zur Phrase, wo man sich mit einer Resolution begnigte, die sich über die Forderung der Scharfmacher entzündet, sich aus Wünschen und Forderungen verlegt und auf etwas eigenartige Weise eine Zusatzresolution erledigte, die weiter nichts verlangte, als daß zum Ausdruck gebracht werde, daß die Gewerkschaften im Hinblick auf die Wichtigkeit ihrer bedrohten Existenz in dem aufgezogenen Kampf unter Umständen von den schärfsten ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen gewillt sind. Diese Haltung, die unfreiwilligstens allzu ängstlich Rücksicht nimmt auf die Veruche, die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, entsprach nicht der gegebenen Situation. Daran wird auch nichts geändert durch die Erklärung, die der Vorsitzende Leipart nach der Ablehnung der Liebmannschen Resolution abgab: Es ist selbstverständlich, daß die Ablehnung nicht so aufzufassen ist, als ob der Kongreß nicht verlange, daß jeder einzelne alles aufzubieten hat, um sich gegen die Verschlechterung des Koalitionsrechtes zu wehren. Ja, wenn das die Meinung des gesamten Kongresses war — und das kann man als selbstverständlich annehmen —, dann war es erst recht notwendig, diesen Willen ganz klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

Aber den allerneuesten Kurs, die Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären, macht das Leipziger Organ folgende Ausführungen:

Welchen Zweck hat es denn überhaupt, dem Geschrei der Scharfmacher über den politischen Charakter der Gewerkschaften allzu ängstlich auszuweichen? Unzählige Male ist nachgewiesen worden, daß die Gewerkschaften völlig getrennt von der politischen Organisation der Arbeiterklasse aufgebaut sind, daß sie mit Politik nichts zu tun haben, oder nicht mehr wie jede andere Wirtschaftsgruppe, die ganz naturgemäß verbunden muß, die politische Situation auszunutzen, ohne die Politik als Zweck ihres Handelns zu bestimmen. Das alles wissen auch die Feinde der Arbeiterklasse, aber das hat sie nicht abgehalten, das Geschrei nach einem Vorgehen gegen die „politischen Gewerkschaften“ immer von neuem zu erheben, am stärksten jetzt zu derselben Zeit, wo die christlichen Gewerkschaften sich ganz offen als Anhänger der Zentrumspartei bekennen und die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen eben beschloßen haben, die Neutralität endlich offen aufzugeben und dem berüchtigten Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Konkurrenz zu machen.

Das im letzten Teil Gesagte können sich die andern Richtungen ad notam nehmen, die zur großen Freude der Reaktionsäre aller Gattungen nicht müde werden, die freien Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ Organisationen zu bezeichnen, die selbst aber mit jedem Tage politischer werden. Die „N. Z.“ kommt nach alledem zu dem Schluß:

Die Vorsicht und Dämpfung könnte von dem Gegner leicht als Schwäche gedeutet werden. Deshalb hätten wir vom Gewerkschaftskongreß eine energiereichere Abwehr gewünscht.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, weicht in seiner Bewertung des Münchner Gewerkschaftskongresses bemerkenswerterweise gerade in dem Punkte ab, der für die „N. Z.“ den Grund zur Nichtbefriedigung bildet:

Daß zur Verteidigung des Koalitionsrechtes auch der Massenstreik in Frage kommt, unterfürlich Schlichte in seinem Schlußwort, in dem er dies als eine Selbstverständlichkeit bezeichnete, über die eine Erörterung gar nicht vonnöten sei; und Münnig vom Bauarbeiterverband wies darauf hin, welche Schädigung für die Arbeiter, z. B. bei der Frage der Arbeitslosenversicherung, das ungleiche Wahlrecht habe.

Auch der Einwand, den die „N. Z.“ erhebt, daß der neunte Kongreß nicht entschieden oder deutlicher nicht radikal genug die Rechte und Forderungen der Arbeiter verfolgt habe, findet im „Vorwärts“ kein Echo. Im Gegenteil heißt es:

Es liegt sicherlich nicht im Wesen der Personen, die auf diesem Kongreß gesprochen haben, es entspricht auch keineswegs der allgemeinen Stimmung, die die Delegierten beherrschte, daß dieser Kongreß der Gewerkschaften eine weit radikalere Note hatte als irgendeiner seiner Vorgänger. Dieser Radikalismus entsprang weit weniger

den Absichten der Redner und Beschleher auf diesem Kongress als dem Verhalten unserer Gegner. Kein Gewerkschaftskongress hat so entschieden wie dieser betont, wie gering die Hoffnungen sind, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heute noch auf den guten Willen der Herrschenden setzen, auf die Gerechtigkeit, die den Arbeitern innerhalb der Gesellschaft werden könnte. Dieser neunte deutsche Gewerkschaftskongress war, von den Eröffnungswortern Legiens bis zu den Schlussworten Schliches, sicher ein ununterbrochener scharfer Protest gegen die arbeitserfreundliche Gesetzmacherei und gegen die von dem Widerwillen gegen das Proletariat erfüllte Anwendung dieser Gesetze. Eine Atmosphäre des Protestes beherrschte diesen Kongress, obgleich er durchaus bereit war, rücksichtslos anzuerkennen, wo irgendwie ein guter Wille für die Arbeiter zu vermuten war.

Sehr gut wird gesagt:

Wenn ein künftiger Geschichtsschreiber aus unserer Zeitperiode für die innere Geschichte Deutschlands kein anderes Aktenstück überliefert erhielte als das stenographische Protokoll dieses Gewerkschaftskongresses, so könnte er sich einen großen Teil unserer Unkultur ausmalen; er könnte ein Bild gestalten von den schroffen Gegensätzen der Herrschenden und der Beherrschten und dem ungleichen Recht, das in Deutschland gilt unter Bevorzugung der Lebenden, unter Unterdrückung der Schaffer aller Werte.

Der „Vorwärts“ gibt zu, daß das Ergebnis der Erörterungen über die Grenzfreistigkeiten aus sachlichen Gründen kein allgemein befriedigendes zu nennen ist, aber es habe „der ganze sonstige Verhandlungsstoff die vollständige Abergewinnung aller Mitglieder des Kongresses zum augenscheinlichen und überaus bedeutenden Ergebnis gehabt“. Dem Kongress wird dann dieses Generallob erteilt:

Es ist eine gute und grobe Arbeit, die die deutsche Arbeiterklasse von ihren Gewerkschaftsdelegierten auf diesem Gewerkschaftskongress ausführen ließ. Sichtlich nichts Vollkommenes und Unbedingtes, aber das ist ja etwas Selbstverständliches. Jeder Tag stellt neue Aufgaben, die der gefristete nicht kannte, niemals sind wir fertig, und immer müssen wir uns neu wappnen, neu uns schälen, an neue Wege denken.

Die Unternehmerverbandsblätter haben an dem Kongress, wie zu erwarten war, nichts Gutes gelassen.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, die den Aufgenießt, die Dinge mit wenig Geist zu betrachten, hat auch bei dieser Gelegenheit durch festes Poltern zu erziehen versucht, was ihr an der Fähigkeit zu einer objektiven und halbwegs verständigen Beurteilung abgeht. Wiedergaben im einzelnen verlohnen sich nicht aus diesem lärmvollen Scharfmacherpektakel.

Dagegen sei an einigen Stichproben noch gezeigt, wie ein unserm Gewerbe nachstehendes Unternehmerorgan das Ergebnis von München bewertet. Das „Deutsche Steindruckgewerbe“ schreibt u. a.:

Daß der Münchner Gewerkschaftskongress einer Diskussion über den Generalstreik vorläufig aus dem Wege ging und alle Redner, welche dieses heikle Thema irgendwie direkt oder indirekt berührten, von dem Vorsitzenden in die Schranken gewiesen wurden, ist auf faktische Erwägungen zurückzuführen. Die eigentlichen Führer wissen recht wohl, daß der in München gefasste Beschluß über die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften, die im Grunde genommen weiter nichts als die Schaffung eines Generalstreikfonds, eine sehr wichtige und erste Etappe auf dem Wege zum Generalstreik ist.

In demselben Augenblicke, in dem die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen sich gar nicht genug entrücken kann über das „ausbeuterische“ Steuersystem des verhassten Klassenstaates, werden der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft also wiederum neue Steuern auferlegt. Die Öffentlichkeit kann über das unglaublich hohe Steuersystem der sozialdemokratischen Gewerkschaften gar nicht genug aufgeklärt werden.

Für die Arbeitgeberverbände ergibt sich aus den Beschlüssen des Münchner Gewerkschaftskongresses die Lehre, noch mehr als bisher eine strenge Zentralorganisation auszubauen und vor allem für eine finanzielle Klärung bedacht zu sein.

Die deutschen Steindruckereibesitzer werden, wie Figura zeigt, in einer Weise von ihrem Vereinsblatt „aufgeklärt“, daß man sich nicht zu wundern braucht über den in dieser Unternehmergruppe herrschenden Geist. Wie wenig zutreffend diese Informationen sind, besagt der Satz, in dem von neuen Steuern die Rede ist, die von dem Münchner Kongress „aufkotzt“ sein sollen durch die Neuregelung der Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

Damit seien die Preshimmungen über den Münchner Gewerkschaftskongress beendet. Wir haben unsern Lesern nicht nur etwas andres, sondern auch einmal besonderes bieten wollen. Eine ausführliche Berichtserstattung über die Münchner Tagung dürfte schwerlich das Interesse erwecken, was, namentlich die Artikel in der Gewerkschaftspressen betreffend, von Männern ausgeht, die mitten in der Gewerkschaftsbewegung stehen. Wir haben zwar auch noch einen Artikel über die Münchner Woche in petto, dieses Versprechen wird aber in einem andern Zusammenhang Einlösung finden.

Immer fließt in das Gewerkschaftsleben einzudringen, unsere Kollegen über die Aufgaben, die Fragen und Probleme dieser unaufhaltsamen Bewegung mehr noch aufzuklären, erscheint uns so wichtig, daß der dafür verwendete Raum des „Korr.“ wirklich nicht nutzlos geopfert wird. Die Schwierigkeiten zu beleuchten, mit denen die Gewerkschaften heutzutage zu kämpfen haben, das kann den Arbeitern um ein ganz Teil nähergebracht werden, wenn sie, wie hier geschehen, auch die Meinung anderer Leute kennen lernen. Das richtige Verständnis über die Verhältnisse zu verbreiten, unter denen die Gewerkschaften zu arbeiten und zu kämpfen haben, ist aber auch notwendig, um die Taktik der eignen Organisation allgemeiner und besser zu verstehen.

Wie wir gesehen haben, lautet das Urteil über den Gewerkschaftskongress im großen und ganzen recht günstig. Wo die Meinungen auseinandergehen, ist es interessant, sie einzeln kennen zu lernen. Es hat sich da beispielsweise gezeigt, daß in der Frage der Grenzfreistigkeiten und der Organisationsform die Nachbeteiligen selbst noch unterschiedlicher Ansicht sind. Das läßt hoffen, auch in dieser Sache zu der so wünschenswerten Einmütigkeit zu gelangen. Was die andern Richtungen und die direkten Gegner angeht, kann, soweit nicht ausgesprochener Ansturm verzapft wird oder ausgemachte Böswilligkeit zum Worte kommt, schließlich auch nur anregend wirken.

Jedenfalls ist sicher, daß der neunte Gewerkschaftskongress so schnell noch nicht aus der Diskussion verschwindet. Für die in München geleistete Arbeit ist das gewiß kein schlechtes Zeugnis. Die Widersacher der Gewerkschaften aber täten gut, ihre Auffassungen zu korrigieren und nicht länger mehr gegen den Strom zu schwimmen, der nun einmal doch seinen Lauf nimmt.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Nach einer in der letzten Nummer des Wiener „Vorwärts“ veröffentlichten Zusammenstellung waren beim letzten Konflikt im österreichischen Buchdruckgewerbe insgesamt 11875 Gehilfen ausgesperrt. Die Verteilung sich auf das ganze Verbandsgebiet. Die Anzahl der entlassenen Arbeitstage wird auf 725556 beziffert. Diese Zahlen geben uns einen Begriff vom Umfange des jüngsten Tarifkampfes.

Eine andre Statistik entrollt ein Bild über die Arbeitslosigkeit der österreichischen Buchdrucker, speziell der Wiener. Danach waren in Wien folgende absolute Zahlen zu verzeichnen in den Jahren:

	1910	1911	1912	1913
Mitglieder	6 382	6 661	6 715	7 118
Arbeitslosenfälle	1 501	1 318	1 481	1 773
Davon unterkürzte	1 016	936	1 033	1 240
Arbeitslosentage	56 618	42 283	52 943	94 359
Davon unterkürzte	39 792	31 418	39 177	68 918
Unterstützung in Kron.	79 584	78 547	97 942	172 295

In der Reihe der Gewerbe, die unter langer Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben, stehen die Buchdrucker in Österreich mit 40,5 Tagen auf den einzelnen Fall an dritter Stelle. Vor ihnen rangieren die Schuhmacher mit 55,1 Tagen und die Lederarbeiter mit 41,5 Tagen. Was die Unterstützungen betrifft, so wurden in 35 Verbänden pro Mitglied durchschnittlich 7,4 Kr. gewährt, bei den Buchdruckern aber 15,9 Kr. (zweite Stelle), also mehr als der doppelte Durchschnitt. Pro Arbeitslosentag zahlten 23 Verbände im Durchschnitt 0,9 Kr. aus, die Buchdrucker (erste Stelle) 1,7 Kr.

Romanische Schweiz. Der Typographenbund der romanischen Schweiz hielt am 20. und 21. Juni seine 40. Generalversammlung in Münster, dem Hauptdruckort der Sektion Jura, ab. Es waren 12 Delegierte mit 968 Stimmen vertreten. Nach Erledigung der Verwaltungsgeschäfte gelangte ein Antrag auf Beitritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund zur Verhandlung. Die vorausgegangene Abstimmung in den einzelnen Sektionen des Verbandes hatte eine Ablehnung des Antrages zur Folge gehabt. Auf der Generalversammlung wurde ausgeführt, mit dem Anschluß an den Gewerkschaftsbund trage man ein Menge von unsicheren politischen Diskussionen in die Sektionen hinein. Ein weiteres Argument gegen den Anschluß wurde von einem Redner darin erblickt, daß der Gewerkschaftskongress in Zürich den Generalstreik abgelehnt und den Politikern in dieser Frage ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt habe. Eine Gewerkschaftsorganisation dürfe sich unter keinen Umständen eine Einmischung der politischen Partei in ihre Angelegenheiten gefallen lassen. Der Vorsitzende der Redaktionskommission des „Gutenberg“ trat für den Anschluß an den Gewerkschaftsbund ein. Wenn die deutschsprachigen Gewerkschaften der Schweiz den „wilden“ Generalstreik ablehnten, so hätten sie eben eingesehen, daß der Wirtschaftskampf und Existenzkampf der Arbeiter in Hinblick auf die Organisation des Unternehmens andere Formen erfordere. Die technische Umwälzung schwäche nicht nur die Kraft der Gehilfenschaft, sondern auch ihre Einigkeit. Alle legalen Kampfmittel und Waffen müßten die Arbeiter anwenden und unterstützen, die zur Verteidigung ihrer Rechte und Forderungen dienen können. Der Redner sprach sich schließlich für den Anschluß an den Gewerkschaftsbund unter dem Vorbehalte aus, daß die Sektionen des romanischen Verbandes nicht verpflichtet werden, für Parteizwecke zu agieren oder Beiträge zu leisten. Da bei der Abstimmung der Sektionen 514 Stimmen gegen und 437 Stimmen für den Anschluß gezählt

worden waren, wurde von den Delegierten beschlossen, nach genügender Aufklärung eine nochmalige Abstimmung in den Sektionen vorzunehmen. Die Anstellung eines ständigen Sekretärs wurde abgelehnt. Scharf kritisiert wurden einige Entschiede des Tarifamtes. Das Zentralkomitee soll eine Revision der beanstandeten Entschiede verlangen. Die Erledigung verschiedener das Unterstützungsweisen betreffender Fragen bildete den Abschluß der Tagung.

Schweden. Wie die Tagespresse zu melden weiß, ist zwischen Prinzipalen und Gehilfen in schwedischen Buchdruckgewerbe nach langwierigen Verhandlungen, die manchmal auf Scheitern drohten und einen allgemeinen Buchdruckerstreik in greifbare Nähe rückten, ein neuer, fünfjähriger Tarif zustande gekommen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist von 54 auf 51 Stunden verkürzt, ebenso sind Sommerferien für die Mitglieder des Verbandes tariflich festgelegt worden. Außerdem erlauben die Minimallohne eine kleine Erhöhung. Wir hoffen, bald in der Lage zu sein, auf Grund direkter Nachrichten über den Ausgang der schwedischen Tarifbewegung berichten zu können.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mitgliedersleben. (Maschinenmeisterklub. — Halbjahrsbericht.) In der Generalversammlung am 17. Januar wurde der Jahresbericht des Vorstandes und der Technischen Kommission mit Befriedigung aufgenommen. Bemängelt wurde nur, daß der Versammlungsbesuch kein befriedigender gewesen und die Fachliteratur nur schwach benutzt worden sei. In der Besetzung der Anker trat keine nennenswerte Verschiebung ein. — In der Versammlung am 21. Februar wurden zwei Mitglieder aufgenommen und eins gestrichen. Als Delegierter zum Maschinenmeisterkongress wurde der Vorsitzende gewählt. Die Neuauflage der Druckerei fanden eingehende Besprechung. — Die Märzversammlung fiel aus. Dafür feierten wir unser liebes Stützungsmitglied. — In der Versammlung am 18. April fanden drei junge Kollegen Aufnahme, einer schied aus. Es wurde sodann die Tagesordnung des Maschinenmeisterkongresses eingehend besprochen und den Kollegen bekanntgegeben, daß des öfters eine Liste zur Bestellung von Broschüren herangezogen werde. Unter „Technischem“ gelangen die Druckerbestimmungen der §§ 73—79 zur Besprechung, ferner fand ein Antrag auf Bestellung der „Typographischen Mitteilungen“ Annahme. Der Vorsitzende bemängelte das laue Eingehen der Beiträge und wies darauf hin, daß künftig mehr nach dem Statute verfahren werde. — In der Versammlung am 16. Mai hielt uns Kollege Goldmann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Anfallsgeschichten und Unfallverhütung im Buchdruckgewerbe“. Die Diskussion war eine ausgiebige. — Am 20. Juni eröffnete Kollege Trauernicht den Bericht vom Maschinenmeisterkongress. Die dort geleistete Arbeit wurde gern anerkannt. Es wäre nur noch zu wünschen, daß der Besuch der Versammlungen ein besserer werden möchte.

Dresden. Eine schöne Feier zur Ehrung unseres Bibliothekars Schenk, der 25 Jahre mit Treue und Hingabe sein Amt verwaltet, und zugleich unseres Gewerkschafters Wendische, der seit 20 Jahren die Leitung des Gaus in den Händen hat, eröffnete die Mitgliedschaftsversammlung vom 2. Juli in würdiger Weise. Das stimmungsvolle Kreuzerische „Was ist der Tag des Herrn“ und „Der beste Berg“ von Abt. gelangen zum hitzigen Gelangverein, und die zu Herzen gehenden Worte der Anerkennung für alle der Organisation geleisteten Dienste leitens des Kollegen Steinbrück fanden lebhaften Echo bei den Versammelten. Möge der allseitige Wunsch, beide Jubilare noch lange in körperlicher und geistiger Frische auf ihren Posten erhalten zu sehen, in Erfüllung gehen! Den Bericht vom Goutag erstattete Kollege Fischer. Die Ablehnung der Anträge zu Punkt 5 der Tagesordnung des Goutags, die im allgemeinen Gaultieresse bedingt war, rief eine längere Ausrede hervor, wobei der gegenwärtige Zustand: die Delegiertenanzahl Dresdens zu den übrigen Mitgliedschaften, als ungesund bezeichnet wurde. Zur Wahl der Revisoren kamen die bisherigen wieder in Vorwahl. Einige lokale Vorkommnisse bei Eingeben von Engagements füllten den Punkt „Bereitschaftsangelegenheiten“ aus. — Die vorangegangene Generalversammlung des Dresdner Buchdruckervereins genehmigte die Jahresrechnung, nahm die Wahl des Vorstandes vor, lehnte dessen Remuneration fest, ließ die Beiträge wie Unterstützungsansprüche des Vorjahres unverändert bestehen und gewährte der Graphischen Vereinigung eine Beihilfe von 100 Mk.

Hann i. Welf. (Vierteljahrsbericht.) Einen außergerichtlich guten Besuch hatte unsere Aprilversammlung aufzuweisen. Nach Erledigung der „Bereitschaftsangelegenheiten“ konnten wir drei junge Kollegen dem Verbande zuführen. Sodann nahm Kollege Bertram (Stib) das Wort zu einem Vortrage: „Warum organisieren wir uns?“ Aufmerksamkeit folgte man den Ausführungen unseres zweiten Gausvorstehers. Der Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß das Goutage zu Herzen gegangen war. Es wurde sodann noch beschlossen, den nach Leipzig zu „Burga“ fahrenden Kollegen eine Beihilfe zu gewähren. Für diesen Zweck wurden 60 Mk. ausgelegt. Auch stellte der Vorstand eine Eingabe an den Magistrat um Unterstützung in Aussicht. — In der Maiversammlung gab der Vorsitzende zunächst ein umfassendes Bild von den Vorgängen im Gewerbe. Namentlich wurde dem stillen Wallen der Prinzipale des Kreises II Erwähnung getan. Abschließend ist heute mehr denn je die Pflicht eines jeden Kollegen, die Monatsversammlungen zu besuchen, um über